

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Beschreibungen und Anzeigen für den Kreis des Erzgebirges, insbesondere für die Städte Aue, Schneeberg, Ansbach, M. B.

Regelnummer: Die Anzeigen für den Kreis des Erzgebirges, insbesondere für die Städte Aue, Schneeberg, Ansbach, M. B.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1008

Nr. 4

Dienstag, den 6. Januar 1925

20. Jahrgang

Reichsfinanzminister Marz bei der Regierungsbildung.

Berlin, 5. Jan. Reichsfinanzminister Dr. Marz führte gestern im Sinne des ihm erteilten Auftrages zur Bildung einer überparteilichen Kabinetts Verhandlungen mit verschiedenen der Deutschnationalen Volkspartei nahestehenden Persönlichkeiten. Wie verlautet, soll es sich dabei um die Besetzung des Reichsministeriums des Innern und des Reichswirtschaftsministeriums handeln. Die Stand der Verhandlungen wird als nicht ungünstig bezeichnet. Im Laufe des Montagmorgens wird es sich zeigen, ob die Besprechungen zu einem positiven Ergebnis führen werden. Für die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums soll Ministerialdirektor a. D. Reuschhaus und für den Posten des Ministeriums des Innern der Bizepräsident v. Kries in Frage kommen. Die Genannten sollen sich die Entscheidung bis heute vorbehalten haben. In parlamentarischen Kreisen hat man den Eindruck, daß die Deutschnationalen eine beratend umgebildete Reichsregierung unterstützen würden unter der Voraussetzung, daß die Deutsche Volkspartei in Preußen alle Vorkämpfer macht, um auch dort eine auf den gleichen Prinzipien aufgebaute Regierung herbeizuführen.

Berlin, 4. Jan. Der „Montag“ berichtet: Der Kanzler hat am Sonntag die Besprechungen mit den Parteiführern abgeschlossen, nachdem er den Fraktionsvorsitzenden der Bayerischen Volkspartei Reich und Prof. Bredt von der Fraktion der Wirtschaftspartei empfangen hatte. Gleichzeitig hat Herr Marz auch die Fühlung mit verschiedenen außerparlamentarischen Persönlichkeiten aufgenommen, die er als Mitglieder seines überparteilichen Kabinetts in Aussicht genommen hat.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ist der Dr. Marz noch gestern Abend auch an zwei der Deutschnationalen Volkspartei nahestehende Persönlichkeiten herangetreten, die sich jedoch ihre Entscheidung noch vorbehalten haben.

Berlin, 4. Jan. Im preussischen Landtag hielt heute nachmittag die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei eine Sitzung ab, über die folgender Bericht veröffentlicht wird: Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer heutigen Sitzung die politischen Fragen beraten und keinerlei Veranlassung gefunden, ihren in ihrer ersten Entschliessung vom 18. Dezember vertretenen Standpunkt zu ändern, wonach sie ihre Politik in engstem Einvernehmen mit der Reichstagsfraktion zu führen gewillt ist.

Wirtschaft und Reichstag.

Im vergangenen Jahre hat die Wirtschaft bei den schwerwiegenden Entscheidungen über das Zustandekommen der Sachverständigen, das Londoner Protokoll und die Durchführungsgeetze zum Lamesbericht wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die von der politischen Mitte des Parlaments verfolgte außen- und innenpolitische Tendenz auf ihre Gefolgschaft rechnen können. Einzige und allein der Reichslandbund hat in seinen Entschliessungen — den Boden rein wirtschaftlicher Überlegung verlassend — sich zum Sprecher der deutschnationalen Oppositionspolitik gemacht.

Die Wirtschaft hat die Politik des letzten Jahres nicht aus irgendwelchen Augenblickserwägungen heraus unterstützt. Sie hat vielmehr sehr richtig erkannt, wie sehr die Wiederherstellung vertrauensvoller internationaler Beziehungen den internationalen Güterausgleich auf die Dauer wieder ordnen und erleichtern muß und daß nur von dieser Seite her die höchstmögliche Ausbeute der deutschen Produktionskapazität versucht werden kann. Planmäßig hat demgegenüber der Reichslandbund in seinen außenpolitischen Erklärungen ebenso wie in seinen Entschliessungen zur äußeren und inneren Handelspolitik sich zu der Grundanschauung bekannt, daß das erste Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik erstmalig eine weltgehende Autarkie sein müsse, d. h. eine möglichst ausschließliche Selbstbedienbarkeit aller Bedürfnisse im eigenen nationalwirtschaftlichen Rahmen.

Eine sehr kurzfristige, nur die engsten augenblicklichen Eigeninteressen erkennende Betriebspolitik einiger bedeutender Industriezweige hat dazu geführt, daß auch von dieser Seite her in den letzten Monaten des vergangenen Jahres die Grundtendenz der Politik des Reichslandbundes eine gewisse Unterstützung erfahren hat. Die sich hier vollziehende Wandlung ist nicht ganz unabhängig von der Betätigung des Reichslandbundes als Erwerbsorganisation. Man ist sich angefaßt bei dauernden besonderen Rückschlüssen über die letzte wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft in der deutschen Oeffentlichkeit leider sehr weitgehend darüber im unklaren geblieben, in welsch ungeheurem Umfang die Landwirtschaft, soweit sie im Reichslandbund organisiert ist, in den letzten Jahren ihre wirtschaftspolitische Macht durch privatwirtschaftliche kapitalistische Maßnahmen erweitert hat. Es seien hier nur erwähnt: Bank für Landwirtschaft L.-G. (gegründet 1921), Landbundesgenossenschaft (seit Mitte 1924 durch Interessengemeinschaft mit den Raiffeisengenossenschaften verbunden), die Hauptfinanzierungs-Gesellschaft unter der Firma „Reichslandbund L.-G.“, die aus der Verkaufsstelle des Reichslandbundes hervorgegangen ist, und endlich ist auf die mit den regionalen Zweigverbänden des Reichslandbundes in enger Gemeinschaft arbeitende Reichslandbund Ein- und Verkauf-L.-G. hinzuweisen. Durch die Einkaufsmächtigkeits letzteren Gesellschaft unter fortwährenden finanzieller Mitwirkung der vorgenannten Finanzierungsunternehmen auf dem Getreidemarkt und auf dem Markt der sonstigen landwirtschaftlichen Rohprodukte bildet sich hier eine Machtposition heran, die mit diktorischer Pression die freie Preisgestaltung auf den Märkten der Nahrungsmittel völlig ausschließen kann; weiterhin verfolgt dieses Unternehmen den Erwerb, die Errichtung oder die Beteiligung bei Mühlenlagern, Schlofferiebetrieben, Reparaturwerkstätten, Gasthäusern, Brannteriebetrieben, Zettungen usw., um hier überall die selbständigen Gewerbe auszuschalten, die landwirtschaftlichen Hilfsindustrien im weitesten Sinne in der privatwirtschaftliche und wirtschaftspolitische Interessensphäre des Reichslandbundes einschalten. Die weitere Tätigkeit dieses landwirtschaftlichen Großunternehmens besteht im Verlauf aller Produktionshilfsmittel der Landwirtschaft an diese, d. h. beim Bezug landwirtschaftlicher Bedarfsartikel und dergl. soll die Landwirtschaft vom freien Handel fortgezogen werden.

Stehen wir hier vor einem gewaltigen wirtschaftlichen Verbandsgebilde, das letzten Endes auf die Verdrängung politischer Organe durch rein wirtschaftliche Mächte hinstrebt und damit praktisch für unser gesamtes öffentliches Leben die Ausschaltung der idealen Kräfte und die Vorherrschaft der materiellen Interessen bedeuten würde, so sehen wir auch auf gewissen industriellen Gebieten in der Erweiterung des Kartell- und Syndikatwesens genau die gleichen Strömungen. Die letzte umfassende Enquete der Reichstagskommission ergab als Resultat in Industrie und Handel damals das Bestehen von 888 Verbänden. Auf Grund seiner fortwährenden Beobachtungen und Registrierungen schätzt das statistische Reichsamt jetzt die Gesamtzahl der Kartelle und Syndikate in Deutschland auf etwas mehr als 4000.

Kun liegen die Dinge in unserer wirtschaftlichen Entwicklung zweifellos darin, daß wirtschaftliche Produktionsmittelvermögen in sehr erheblichem Umfang namentlich in den letzten Jahren derartige Verbände bilden

Der Barmat-Skandal.

Große Anfrage der Deutschen Volkspartei über die Staatsbank.

Berlin, 4. Jan. Im preussischen Landtag ist folgende große Anfrage von der Fraktion der Deutschen Volkspartei eingegangen: Die Kommissionen der Preussischen Staatsbank anlässlich der Geschäftsverbindung der Staatsbank mit Holzmann, Kutischer und dem Barmat-Konzern haben in der Oeffentlichkeit unliebsames Aufsehen erregt und zeigen annehmend, daß sowohl gegen die Organisation der Staatsbank als auch gegen die Integrität einzelner Angehöriger ihres Beamten- und Angestelltenkörpers nicht mit Unrecht schwere Bedenken zu erheben sind. Wir fragen an: 1. Ist die Staatsregierung bereit, über den Teilbestand der von der Oeffentlichkeit beanstandeten Geschäftsverbindungen Aufklärung zu geben? 2. Ist die Staatsregierung bereit, über die Behauptung, das Disziplinungsverfahren strafrechtlich anzuwenden bei Verfehlungen, die von Angestellten und Beamten begangen sind, Aufklärung zu geben? 3. Ist die Staatsregierung bereit, über die ansehnlich vorhandenen Mängel in der Organisation des Instituts und die von ihr zu deren Abstellung etwa vorgenommenen Maßnahmen Auskunft zu geben? 4. Ist die Staatsregierung bereit, den vom Landtag beschlossenen Sachverständigenbericht der Generaldirektion schleunigst einzurichten?

Berlin, 5. Jan. Die Direktoren der Merkurbank Lichtenstein und Behy sind aus der Haft entlassen worden. Weitere Haftentlassungen sollen bevorstehen. Das Verfahren gegen die bereits aus der Haft entlassenen Direktoren Thieme, Gerike und Schäfer ist eingestellt worden. Bestern ist der Prokurist der Berlin-Burger Eisenwerke Regierungsrat a. D. Greulich festgenommen worden. Er wurde jedoch nach seiner Vernehmung wieder freigelassen. Die Verleumdung der Brüder Barmat, die die beschleunigte Vernehmung beantragt hatte, erhielt von der Staatsanwaltschaft die Zusage, daß die Vernehmung heute oder morgen erfolgen solle. Von dieser Vernehmung wird es abhängen, ob sie weiter in Haft behalten werden.

Kredite der Reichspost für Barmat.

Zu den umlaufenden Gerüchten über Kreditgeschäfte der deutschen Reichspost wird von unabhängiger Stelle mitgeteilt:

1. Der Reichspostminister hat sich aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen (Arbeiterentlassungen usw.) veranlaßt gesehen, den Bankrott des Barmat-Konzerns für Industriezwecke im Oktober 1924 auf Antrag Darlehen von zusammen 14,5 Millionen Reichsmark durch Vermittlung der Deutschen Girozentrale als Treuhänderin zu gewähren zu dem bei der Post üblichen Zinssatz und gegen Sicherheiten, die von den Sachverständigen besonders nachgeprüft und für ausreichend befunden sind.
2. Michael hat der deutschen Reichspost im November 1923, als ihr jeglicher Reichskredit entzogen war, und Zahlungsmittel nicht zur Verfügung standen, vorübergehend Geldmittel überlassen und später keinesfalls von der Post einen Kredit erhalten, der bereits

seit einem halben Jahr vollständig abgedeckt ist. Seit dieser Zeit sieht die Post mit Michael in keiner geschäftlichen Verbindung.

3. Mit Kutischer hat die deutsche Reichspost niemals geschäftliche Beziehungen gehabt.

Englische Nervosität über die Kölner Zone.

Die einmütige Haltung der deutschen Presse in der Beurteilung der englischen Politik in der Kölner Frage hat in der englischen Oeffentlichkeit eine nicht verkennbare Nervosität hervorgerufen. Die Fadescheinigkeit der Beweisführung durch die ausländische Presse trägt nur dazu bei, die Unsicherheit des Urteils in der öffentlichen Meinung zu vergrößern. Weitverbreitet ist die deutsche Auffassung, daß die englische Regierung festgegriffen habe, indem man Deutschland, anstatt den Verhandlungsweg zu beschreiten, einfach vor die vollendete Tatsache gestellt hat. „Oberver“ erklärt, daß das Kölner Problem nicht vom wirtschaftlichen Problem getrennt werden dürfe.

Das vorläufige deutsch-französische Handelsabkommen.

Paris, 4. Jan. Die von der französischen Abordnung ausgearbeitete vorläufige Vereinbarung wegen des Handelsverkehrs mit Deutschland umfaßt 13 Artikel. Darin sind die von den Französischen und deutschen Sachverständigen bereits angenommenen Teilvereinbarungen, sowie die auf die eisa-lotzbringische Einfuhr nach Deutschland bezüglichen Sonderklauseln enthalten. Die Vereinbarung befaßt sich auch mit der Frage des Niederlassungsrechtes der Schifffahrt; der Gewährleistung für den industriellen Besitz und die Fabrikanlagen. Von französischer Seite wird betont, daß die Verhandlungen beiderseits in der freundschaftlichen Weise und in großer Einigkeit und Nachgiebigkeit fortgesetzt werden. Gleichzeitig mit dem vorläufigen Abkommen werden auch die Verhandlungen zwischen den Vertretern fortgesetzt werden. Heute werden die Vertreter der Lederindustrie zusammenzutreten und dann die Beauftragten der Metallindustrie. Der Entwurf des vorläufigen Abkommens ist vor drei Tagen der deutschen Abordnung zur Prüfung unterbreitet worden. Augensichtlich wird hier über gewisse Änderungen verhandelt. Die Annahme des Entwurfes durch die deutschen Vertreter steht noch nicht fest. Von französischer Seite wird hinzugefügt, daß das Abkommen auf eine Dauer von vier Monaten berechnet ist.

Neujahrsempfang bei Graf Brockdorff-Ranzau.

Moskau, 4. Jan. Aus Anlaß des Jahresanfangs gab der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Ranzau ein offizielles Essen zu Ehren des Außenkommissariats- und des diplomatischen Korps. Von dem Außenkommissariat waren erschienen der Volkskommissar Tschitscherin, der stellvertretende Volkskommissar Litwinow mit Gemahlin, der Chef des Protokolls Florinsky und der Leiter der deutschen Abteilung Alexanderow. Vom diplomatischen Korps nahmen u. a. der italienische Botschafter Graf Manzoni mit Gemahlin, der griechische Gesandte mit Gemahlin und der norwegische Gesandte an dem Essen teil. Außerdem war der bekannte Graf Petri zugegen, der sich zur Zeit auf einer Kongressreise in Finland befindet und dort sehr gefeiert wird.